DIE LINKE.

Fraktion in der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Schwerin, 07.03.2019

ERGÄNZUNGSANTRAG der Fraktion DIE LINKE.

zur Drucksache 01710/2019 - 1. Änderungsatzung der Schülerbeförderungssatzung der Landeshauptstadt Schwerin

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Der bisherige Text des Beschlussvorschlages wird um einen Punkt IV. mit folgendem Wortlaut ergänzt:

IV. Die Stadtvertretung beauftragt Stadtverwaltung und Nahverkehr Schwerin GmbH eine Nachkalkulation der Schülerbeförderungskosten zeitnah noch vor Beginn des Schuljahres 2019/20 durchzuführen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Kosten der Schülerbeförderung mit dem kalkulierten Betrag – entsprechend dem Schulgesetz MV §113 – durch die Stadt als Träger der Schülerbeförderung, kostendeckend zu tragen sind. Es ist zu prüfen, inwieweit auch eine nachträgliche Abrechnung für die zurückliegenden und das laufende Schuljahr entsprechend der kalkulierten zu tragenden Kosten gegenüber dem Land Mecklenburg-Vorpommern möglich ist. Die Ergebnisse der Nachkalkulation und Prüfung sind der Stadtvertretung bis zum 31.07.2019 vorzulegen.

Begründung:

Der Stellungnahme der Verwaltung unter Zuhilfenahme der Bewertung der Nahverkehr Schwerin GmbH ist zu entnehmen, dass die Schülerbeförderung aktuell nicht kostendeckend finanziert wird. Da laut Schulgesetz MV die Stadt Schwerin Träger dieser Beförderung im eigenen Wirkungskreis ist, hat sie entsprechend dieser Regelung auch die dafür notwendigen Aufwendungen kostendeckend zu tragen. Das Land wiederum sagt hierzu eine entsprechende Übernahme der entstehenden Mehrkosten durch das Land Mecklenburg-Vorpommern zu, soweit diese auf der gesetzlichen Re-

Fraktionsbüro

Am Packhof 2-6, 19053 Schwerin, Telefon: 0385 / 545-2957, Fax:0385 / 5452958

Sprechzeiten: Dienstag 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Donnerstag 13.00 bis 16.00 Uhr

E-Mail: Stadtfraktion-Die-Linke@Schwerin.de

Internet: www.die-linke-schwerin.de

gelung basieren und nachgewiesen werden. Es ist aus unserer Sicht nicht zulässig, dass der notwendige Aufwand für die Schülerbeförderung durch anderweitige Umsatzerlöse oder durch Zuschüsse aus anderen Bereichen des städtischen Haushalts gedeckt werden müssen, weil die kalkulierten Beträge eine Kostendeckung nicht hergeben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Schmidt
Stadtvertreter der Landeshauptstadt Schwerin
Fraktion DIE LINKE